

Lang, Eva

**Article — Published Version**

## Die aktuelle Weltwirtschaftskrise und der ökologische Umbau der Wirtschaft

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Lang, Eva (2009) : Die aktuelle Weltwirtschaftskrise und der ökologische Umbau der Wirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 89, Iss. 11, pp. 743-747,  
<https://doi.org/10.1007/s10273-009-0998-4>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/65580>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Eva Lang

# Die aktuelle Weltwirtschaftskrise und der ökologische Umbau der Wirtschaft

*Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise und der Klimawandel haben gemeinsame Wurzeln, aber ganz unterschiedliche Wirkungen. Sie werden deshalb auch sehr verschieden wahrgenommen. Sie lassen sich nur bekämpfen, wenn man klug aufeinander abgestimmte politische Maßnahmen ergreift.*

Albert Einsteins Antwort auf die Weltwirtschaftskrise 1929 ist heute aktueller denn je: „Die Probleme, die es in der Welt gibt, sind nicht mit der gleichen Denkweise zu lösen, die sie erzeugt hat.“ Die Situation vor der die Weltgemeinschaft steht, erfordert insofern das unformalisierte Nachdenken über die Ursachen der Krisen, ihre Wirkungen, ihre Wahrnehmung seitens der Gesellschaft und der Politik sowie eine Suche nach neuen wirksamen Handlungsmöglichkeiten. Eine produktive Krisenbewältigung beginnt mit einem neuen Denken.<sup>1</sup>

## Gemeinsame Wurzeln der Weltwirtschaftskrise und des Klimawandels

Das neue Denken beginnt mit einer offenen, auf das Ganze gerichteten Sichtweise. Aus dieser ganzheitlichen Perspektive wird deutlich, dass wir uns derzeit nicht nur in einer Wirtschaftskrise befinden, sondern dass es sich um eine globale, multiple Krisensituation<sup>2</sup> handelt. Neben den Krisen der Weltfinanzmärkte und der Weltwirtschaft drohen die dramatische globale Zunahme der Arbeitslosigkeit, wodurch die ohnehin existierende Armut- und Ernährungs Krise<sup>3</sup> verschärft wird, sowie zunehmende Knappheiten und Engpässe bei einzelnen Rohstoffen. Diese Krisen werden noch verstärkt durch die – wiederum von unserer Wirtschaftsweise verursachten – Klimakrise mit ihren vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)<sup>4</sup> und dem ehemaligen Weltbankökonom Nicholas Stern<sup>5</sup> ausführlich analysierten Folgen für Natur, Wirtschaft und Gesellschaft. Stern hat vorgerechnet, dass die Kosten einer Wirtschaftsweise des „business-as-usual“ wesentlich höher liegen werden, als diejenigen Kosten, die entstehen würden, wenn eine nach heutigem Stand der Technik mögliche Umsetzungsstrategie zur Minderung des Treibhausgasausstoßes verfolgt würde.<sup>6</sup>

*Prof. Dr. Eva Lang, 62, lehrt Wirtschaftspolitik an der Universität der Bundeswehr München, und ist stellvertretende Leiterin des Zentralinstituts Studium plus sowie Vorstandsmitglied der Vereinigung für Ökologische Ökonomie.*

Angesichts dieser Langfristperspektive erscheint die Sorge, die Fritz Vorholz in der „Zeit“ äußert, berechtigt, wenn er feststellt, dass offensichtlich durch die Weltwirtschaftskrise die Bereitschaft sinkt, „sich anderen, nicht weniger drängenden Herausforderungen zu stellen. Zum prominenten Opfer ist der Kampf gegen den Klimawandel geworden. In Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit und kollabierender Unternehmen könnten wir uns den Klimaschutz nicht mehr leisten, heißt es.“<sup>7</sup> Dabei lassen sich beide Krisen letztendlich auf die gleiche Ursache zurückführen, und sie sind beide hausgemacht.<sup>8</sup>

- Hausgemacht erstens durch das, in den Wirtschaftswissenschaften seit den 80er Jahren dominante, neoliberale Wirtschaftsmodell, dessen Blindheit gegenüber den außerhalb des Marktes stattfindenden Wertschöpfungs- und Wertzerstörungsprozessen, und einem trotz der Diskussionen um die Grenzen des Wachstums<sup>9</sup> in

<sup>1</sup> Peter Plöger, Eva Lang: Ökologische Ökonomie: eine neue Wissenschaft, Beiträge und Berichte der Vereinigung für Ökologische Ökonomie, Nr. 5, Bielefeld und München 2005.

<sup>2</sup> Edward B. Barbier: A Global Green New Deal, UNEP, Final Report, Laramie 2009, S. 4, [http://www.unep.org/greeneconomy/docs/GGND\\_Final%20Report.pdf](http://www.unep.org/greeneconomy/docs/GGND_Final%20Report.pdf).

<sup>3</sup> Nicht zu vergessen die Krisen der Versorgung mit sauberem Trinkwasser und die 2,6 Mrd. Menschen, die keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen haben.

<sup>4</sup> Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC): Climate Change 2007. Synthesis Report, Genf 2007, [http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4\\_syr.pdf](http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr.pdf).

<sup>5</sup> Nicholas Stern: The Economics of Climate Change. The Stern Review, Cambridge 2007, [http://www.hm-treasury.gov.uk/stern\\_review\\_report.htm](http://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm) (Internetzugriff am 23.7.2009).

<sup>6</sup> „...BAU (Business as Usual; Anm. der Verf.) climate change will reduce welfare by an amount equivalent to a reduction in consumption per head of between 5-20%“, vgl. Nicholas Stern: The Economics of Climate Change, a.a.O., Executive Summary Full, S. 10.

<sup>7</sup> Fritz Vorholz: Erde ohne Aktien, in: Die Zeit, Nr. 13, vom 19.3.2009.

<sup>8</sup> So auch Gerhard Scherhorn: Finanzkapital rettet die Banken, in: Die Tageszeitung vom 2.4.2009.

<sup>9</sup> Vgl. z.B. Dennis Meadows u.a.: Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, 15. Aufl., Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart (1990 [1972]); Hans Christoph Binswanger: Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses, Marburg 2006.

den herrschenden Wirtschaftswissenschaften ungetrübten Glauben an ein unbegrenztes Wachstum.

- Hausgemacht zweitens dadurch, dass Unternehmen und Konsumenten, unterstützt von der Politik, weltweit an dieses neoliberale Wirtschaftsmodell, das den Vorrang des Individuums und die Überlegenheit des Marktes postuliert, glaubten und es praktizierten.<sup>10</sup> Mit dem Versprechen, die Wohlfahrt für alle zu steigern, wurde sowohl auf der internationalen Governanceebene als auch nationalstaatlich die Deregulierung der Märkte – besonders auch der Finanzmärkte – angestrebt und systematisch fortentwickelt.

Das Marktsystem basiert auf dem „Leistungs-Gegenleistungsprinzip“. Aber das funktioniert bekanntlich innerhalb eines vorgegebenen Ordnungsrahmens und nur bei bestimmten Gütern und Leistungen, nur in Bezug auf Akteure, die über ein marktgängiges Leistungspotential verfügen und die nur dann leistungsbereit sind, wenn sie auch eine Gegenleistung erwarten können. Die Natur erfüllt diese Akteursbedingung nicht. Sie stellt ihre Ressourcen, die Sonnenenergie, die fossilen Energiequellen, das Wasser und die Luft bereit. Sie fordert keine Gegenleistung. Die Natur reproduziert nicht nur ihre eigenen „Abfälle“, sie nimmt auch die aus unseren Wirtschaftsprozessen resultierenden Treibhausgase, Abfälle oder das Abwasser ohne Gegenleistung auf. Diese Leistungen der Natur sind nach der Logik des Marktes zum Nulltarif zu haben. Dies führte und führt noch heute zur Übernutzung bzw. dem verschwenderischen Umgang mit natürlichen Ressourcen und damit auch den nicht regenerierbaren fossilen Energiequellen sowie zur Übernutzung der scheinbar unbegrenzten Aufnahmekapazitäten des Ökosystems. Unberücksichtigt bleiben dabei die ökologischen Folgen und die Möglichkeiten der zukünftigen Generationen, ihre Bedürfnisse befriedigen zu können.

So liegt letztendlich die gemeinsame Ursache beider Krisen in der von der herrschenden Ökonomik fundierten sowie forcierten und von Unternehmen, Staaten und Konsumenten gleichermaßen praktizierten, ausgesprochen kurzatmigen, naturblindem und damit nicht-nachhaltigen Wirtschaftsweise. Sie manifestiert die Übernutzung von natürlichen Ressourcen, ist getrieben von einem überzogenen Wachstumsdrang und unbegrenzten Gewinnerwartungen sowie einer mangelhaften Einbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft.

Zum Verständnis des Zusammenhangs zwischen der aktuellen Finanzkrise und der Krise in der Realökonomie ist außerdem zu bedenken, dass es sich beim Geld- und

Finanzmarkt um ein System handelt, das keinen Naturgesetzen folgt, wie dies für den Klimawandel gilt.<sup>11</sup> Das Geld- und Finanzsystem wurde ursprünglich entwickelt zur Erleichterung der Tausch- und Investitionsprozesse in der Realökonomie. Diese Funktion wurde allerdings zunehmend marginalisiert, indem sich insbesondere seit den 80er Jahren in den Finanzmärkten eine Eigendynamik entwickelt hat, die ihresgleichen sucht und die zu einer weitgehenden Entkopplung von den materiell oder zeitlich begrenzten, physisch-realen Prozessen geführt hat.

### Gestaltungsdefizite

Gestaltungsdefizite manifestieren sich in sehr vielen Faktoren, die zusammen die Krise verursacht oder zumindest verstärkt haben.

- Erstens handelt es sich um strukturelle Faktoren, wie z.B. die Zunahme hochkomplexer Finanzprodukte; die Rolle der Rating-Agenturen, die u.a. von den Emittenten der Subprimes finanziert werden, nicht regulierte Marktsegmente, die in Offshore-Zentren und Steueroasen verortet wurden und extrem hohe Renditen brachten, sowie die oben schon benannte Entfremdung der Finanzmärkte von ihrer eigentlichen Aufgabe.
- Zweitens hat die Intransparenz der hochkomplexen Finanzprodukte, die – selbst für die sogenannten Experten kaum zu durchschauen war – zum Entstehen der Krise beigetragen. Zu denken ist dabei an die über 1,5 Billionen US-\$ in verbrieften Hypothekendarlehen in den USA, deren Risiken über die ganze Welt verstreut wurden oder die Zunahme des Handels mit Derivaten, der inzwischen eine Größenordnung von circa 600 Billionen US-\$ weltweit erreicht hat.<sup>12</sup>
- Drittens sind Fehlentwicklungen in den Wahrnehmungs- und Einstellungsmustern zu berücksichtigen. Sie äußern sich in der Kurzfristigkeit der Zeithorizonte in den Planungs- und Entscheidungsprozessen der Wirtschaft, so beispielsweise einer Unternehmenspolitik nach Quartalszahlen, in unrealistischen Profiterwartungen, in Fehlanreizen setzenden Entlohnungssystemen für Manager und wieder in der Markt- und Marktmodellgläubigkeit seitens der Wirtschaftswissenschaft, die von der Praxis und der Politik sowie dem Lobbyismus sowohl übernommen als auch instrumentalisiert wurden, sowie in der gängigen These des Staatsversagens durch staatliche Ineffizienz.

<sup>10</sup> Gerhard Scherhorn: Verstärkt die Finanzkrise die Klimakrise? Oder: Klimaziele für Bankensanierung aufgeben?, [http://www.wupperinst.org/uploads/tx\\_wibeitrag/Finanzkrise\\_Klimakrise.pdf](http://www.wupperinst.org/uploads/tx_wibeitrag/Finanzkrise_Klimakrise.pdf), 2009.

<sup>11</sup> Beispielsweise können durch den Zinsmechanismus realökonomische Entwicklungen beeinträchtigt werden. Siehe hierzu Bernd Senf: Der Nebel des Geldes. Zinsproblematik – Währungssysteme – Wirtschaftskrisen, 5. Aufl., Lütjenburg 2005, S. 81 ff.

<sup>12</sup> Zum Vergleich: Das Weltbruttoinlandsprodukt betrug 2008 60,68 Billionen US-\$ laut IWF, bzw. 65,61 laut Economy Watch.

All diese Ursachen zusammen haben letztendlich zum aktuellen Gau in der Weltwirtschaft beigetragen. Ausgelöst wurde die Krise jedoch konkret durch ein ökonomisches Denken, das sich in der Naturvergessenheit, Marktdominanz und in mangelnder Langfristorientierung zeigt, und die unbegrenzte Wachstumsdynamik der Geld- und Finanzmärkte begrüßt.<sup>13</sup>

### Unterschiede in den Wirkungen und den Wahrnehmungsmustern der Krisen

Beide Krisen sind hausgemacht und beide haben ihre Ursache in unserer nicht-nachhaltigen Wirtschaftsweise. Aber die Wirkungen der beiden Krisen haben ein sehr unterschiedliches Profil und führen aus diesem Grunde auch zu ungleichen Wahrnehmungsmustern.

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise schlagen sich kurzfristig, fast ohne Wirkungsverzögerung in Bankrotterklärungen, Insolvenzfällen, Absatzeinbrüchen oder Kurzarbeit und Kündigungen nieder. Die Folgen sind heftig und stehen deshalb im Mittelpunkt der politischen, medialen und individuellen Aufmerksamkeit. Zudem sind alle politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteure mehr oder weniger betroffen. Der Bogen spannt sich von weltwirtschaftlich agierenden Akteuren bis zum einzelnen Wirtschaftssubjekt, beispielsweise in der Angst um den Arbeitsplatz, in finanziellen Einbußen durch Kurzarbeit oder Verlusten bei Finanzanlagen und beim Steuerzahler, der genau weiß, dass die Konjunkturprogramme zukünftige Folgekosten nach sich ziehen.

Die aktuelle Erfahrbarkeit der Krise und die heftigen Auswirkungen führen dazu, dass die üblichen Wahrnehmungs- und Verarbeitungskapazitäten des politisch-administrativen Systems greifen. Böhret hat bereits 1990 treffend analysiert, dass für aktuelle Probleme in Form plötzlicher, heftiger Ereignisse eine hohe Handlungsbereitschaft besteht und dass in diesen Fällen auf routiniert anwendbare Instrumente zurückgegriffen werden kann.<sup>14</sup> Weltweit sind Konjunkturprogramme in Billionenhöhe inzwischen beschlossen. Banken, die nach den Regeln des freien Spiels der Kräfte längst bankrott wären, werden staatlich gestützt (Rettungsschirme) oder sogar verstaatlicht (Hypo Real Estate).

Anders liegt der Fall bei Problemen mit schleichenden Veränderungen. Ein typisches Beispiel für diesen Prob-

lemtypus ist der Klimawandel.<sup>15</sup> Er wird dann sichtbar, wenn man in langfristigen Beobachtungsreihen und -bildern die Veränderungen der Gletscher, die Ausdehnung der Wüstengebiete, Veränderungen im Wasserhaushalt oder den Anstieg des Meeresspiegels festhält. Zudem sind die Folgen des Klimawandels nicht gleichmäßig verteilt, und sie sind nicht in erster Linie von den Verursachern zu tragen. Nach den Szenarien des 4. Sachstandsberichts des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)<sup>16</sup> können Menschen, die in den Flussmündungsgebieten oder in Küstennähe wohnen (z.B. in Bangladesch oder Vietnam, auf Inseln in der Karibik und dem Pazifik oder in Küstenstädten) ihren Lebensraum verlieren, während die industrialisierte Welt beispielsweise Europa und Nordamerika möglicherweise profitieren werden. Die Dramatik des Klimawandels (eine Folge ist die Zunahme der Wetterextreme) wird in der Öffentlichkeit dann präsent, wenn eine Katastrophe, wie die Verwüstung von New Orleans durch den Hurrikan Katrina, das Wahrnehmungsmuster der schleichenden Veränderungen durchbricht.

Bei Problemen mit schleichenden Folgen ist demzufolge die allgemeine Wahrnehmung sehr viel geringer, und die Problemlösungsintensität, aber auch die Problemlösungskapazitäten des politisch-administrativen Systems sind sehr viel schlechter ausgebildet. Nach Böhret besteht die Neigung, derartige Probleme beim Auftreten von aktuellen Krisen mit sofortiger Auswirkung zurückzustellen und sich ausschließlich auf die aktuelle Problemlösungsnotwendigkeit zu konzentrieren.<sup>17</sup> Genau dies passiert aktuell. Der „eigentlich“ notwendige ökologische Umbau der Wirtschaft wird zurückgestellt. Alle Anstrengungen und staatlichen Steuerungspotentiale werden für die Überwindung der Wirtschaftskrise eingesetzt.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Krisen ist darin zu sehen, dass der Schaden durch die Weltwirtschafts- und Finanzkrise groß aber reparabel ist. Dagegen führt der durch unsere Wirtschafts- und Konsumweise verursachte Klimawandel zu irreversiblen und damit irreparablen Veränderungen des gesamten Ökosystems mit seiner Flora und Fauna sowie der Lebensräume und Lebensbedingungen der Menschen. Die Probleme des Klimawandels können nur durch vorsorgende Maßnahmen gelöst werden. Dafür ist eine Reduzierung des Treibhausgasausstoßes um 70% ausgehend vom jetzigen Niveau bis 2050 erforderlich,<sup>18</sup> so dass der

<sup>13</sup> So auch Klaus Töpfer in dem Interview: „Es geht um die Zukunft der Menschheit“, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 144, vom 26.6.2009, S. 6.

<sup>14</sup> Carl Böhret: Folgen. Entwurf für eine aktive Politik gegen schleichende Katastrophen, Opladen 1990, S. 25 ff.

<sup>15</sup> Böhret betont die Neuartigkeit dieser Folgendimension. Seine Analyse bietet Anregungen für das Verständnis zahlreicher weiterer Probleme, wie beispielsweise die im Gefolge des demographischen Wandels, vgl. ebenda, S. 72 ff.

<sup>16</sup> Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), a.a.O.

<sup>17</sup> Dies erklärt die oben zitierte Aussage von Fritz Vorholz.

<sup>18</sup> The Stern Review, a.a.O., S. 11.

durchschnittliche Temperaturanstieg in diesem Jahrhundert unter 2° C gehalten werden kann. Da bei diesen schleichend auftretenden Problemen der „unmittelbare, öffentlich wahrgenommene und politisch dringlich erscheinende Problemdruck fehlt, ist der Lösungsdruck für die Politik „hier und heute“ nicht sehr groß: es gibt jetzt immer etwas Vordringliches“<sup>19</sup>.

**Gibt es nicht doch einen Weg, der aus beiden Krisen gleichzeitig herausführt?**

Tatsächlich steht die Politik jetzt wirklich vor einer Weggabelung: Wollen wir einen Weg beschreiten, in dessen Zentrum die kurzfristige Überwindung der sogenannten Konjunkturkrise steht mit strukturkonservierenden und konsumanheizenden Maßnahmen, wie beispielsweise der Abwrackprämie, Bürgschaften für Banken und Massenkrediten für Großunternehmen? In diesem Falle wird das im sogenannten Stern Review prognostizierte Zukunftsszenario des „business-as-usual“ mit jährlichen Kosten von 5-20% des Pro-Kopf-Konsum sowie einem nicht bezifferbaren Verlust des Lebensraumes für die Kinder- und Enkelgenerationen noch wahrscheinlicher.<sup>20</sup> Dann werden wir unserer historischen Verantwortung nicht gerecht.

Aber das muss nicht so sein. Denn es hätte die Chance bestanden (und sie besteht mit Einschränkungen noch), die zur Stützung der Realökonomie notwendigen „Konjunkturprogramme“ zum strukturellen Umbau der Wirtschaft in Richtung auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad zu nutzen. Hiernach reichten 750 Mrd. US-\$ weltweit aus, um einen derartigen Wandel einzuleiten und gleichzeitig die Wirtschaft anzukurbeln. Dies ist nur etwas mehr als 1% des nominalen Weltbruttoinlandsprodukts.<sup>21</sup>

Bei der im Konjunkturprogramm der Bundesregierung vorgesehenen, energiesparenden Umrüstung und Sanierung des vorhandenen Gebäudebestands des Staates, also von Verwaltungsgebäuden, Rathäusern, Schulen, Universitäten, Sporthallen, Theatern und Museen, handelt es sich um einen konkreten Ansatz,<sup>22</sup> der verstärkt werden sollte. Dabei sollten erneuerbare Energieversorgungstechniken vorgezogen werden. Durch die zukünftigen Einsparungen im Energieverbrauch mindern diese kreditfinanzierten Investitionen heute die Staatsausgaben von morgen und entlasten damit die zukünftigen Steuer-

zahler. Auch staatliche Zuschüsse an Private zur Gebäudesanierung oder zur Heizungsanlagenmodernisierung verzögern den Klimawandel und bewirken Entwicklungschancen für die Umsätze in der innovativen Branche für Umwelttechnologien. Sie fördern damit auch die Beschäftigung, haben einen hohen Multiplikatoreffekt und stabilisieren die internationale Wettbewerbsposition der Wirtschaft.

Beim Straßenbau, den Schienenwegen und den Kanalnetzen sollten vorrangig Investitionen in den Erhalt und in die Pflege der vorhandenen Bestände gefördert bzw. durchgeführt werden. Neubauvorhaben sollten ausschließlich mit einer Orientierung auf eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur, deren Schwerpunkt nicht im motorisierten Individualverkehr liegen kann, durchgeführt werden. Nicht nur für den Verkehr, sondern auch für die neuen Kommunikationstechnologien oder für die Dezentralisierung der noch heute überwiegend zentralistischen Stromversorgungsnetze erfordern die neuen Technologien auch neue infrastrukturelle Einrichtungen, die seitens des Staates jetzt in der Krise bereitgestellt oder zumindest von ihm gefördert werden könnten.

Infolge der Finanzkrise hat der Staat einen gewaltigen Einfluss auf die Banken bekommen. Jetzt geht es darum, diesen Einfluss zu nutzen und die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. Dies bedeutet, dass sowohl national als auch international die Finanzmärkte reguliert, saniert und ein tragbarer Schrumpfungsprozess dieses überdimensionierten Sektors in die Wege geleitet werden muss. Es beginnt mit einem klaren Rahmen für die Banken und die Bankgeschäfte, der Begrenzung von Spekulationsgeschäften, dem Austrocknen der Offshore-Zentren und Steueroasen. Politisches Interesse<sup>23</sup> finden sollten auch die Vorschläge von Zingales, die darauf abzielen, Lösungen jenseits der Staatsfinanzen durch direkte Beiträge beispielsweise der Vertragsparteien von Immobilienkrediten<sup>24</sup> und/oder der großen Spieler der Wall Street zu generieren.<sup>25</sup>

<sup>23</sup> So Gerhard Scherhorn, a.a.O.

<sup>24</sup> Vorgeschlagen werden Neuverhandlungen zwischen den beteiligten Akteuren der Subprime-Krise, in denen die Geber von Immobilienkrediten den Kreditnehmern einen Teil der Schulden (beispielsweise im Umfang des Prozentsatzes, in dem die Immobilienpreise gesunken sind), erlassen. Immerhin wäre es für den Kreditgeber insofern vorteilhaft, als der Erlös einer Zwangsversteigerung gegenwärtig weit unter der Kreditsumme liegt. Luigi Zingales: Plan B, in: The Economists' Voice, Vol. 5, Nr. 6, 2008, <http://www.bepress.com/cgi/viewcontent.cgi>.

<sup>25</sup> Der Grundgedanke ist, dass Schulden in Kapital transferiert werden. Der Gesetzgeber würde dabei ein besonderes Verfahren einführen, das es insolventen Banken ermöglicht, Anleihen und möglicherweise auch kurzfristige Einlagen in Eigenkapital zu verwandeln. Die Aktionäre könnten dann die Möglichkeit bekommen, den Anleihe- oder Einlagengläubigern die zu transformierenden Schuldverschreibungen abzukaufen. Luigi Zingales: Yes we can, Secretary Geithner, in: The Economists' Voice, Vol. 6, Nr. 1, 2009, <http://faculty.chicagobooth.edu/luigi.zingales/research/papers/geithner.pdf>.

<sup>19</sup> Carl Böhrer, a.a.O., S. 81.

<sup>20</sup> The Stern Review, a.a.O., S.11.

<sup>21</sup> Siehe hierzu ausführlich United Nations Environment Programme (UNEP): Global Green New Deal, Policy Brief, März 2009, [http://www.unep.org/greeneconomy/docs/GGND\\_Final%20Report.pdf](http://www.unep.org/greeneconomy/docs/GGND_Final%20Report.pdf).

<sup>22</sup> Mit 0,4% des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland im Vergleich zu Ländern wie beispielsweise Südkorea, die 3,2% des BIP in den ökologischen Umbau investieren, kann dem Programm allerdings keine Vorbildfunktion bescheinigt werden.

Diese wenigen Anregungen sollten zeigen, dass andere Richtungen in der Wegführung möglich sind und diese nicht weniger, sondern stärker dem ordnungspolitischen Leitbild einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft entsprechen. Weitere Vorschläge finden sich im Programm des Global Green New Deal, das von der United Nations Environment Programme (UNEP) veröffentlicht wurde.<sup>26</sup> Zur Bewahrung der Lebenschancen für zukünftige Generationen ist eine massive Umsteuerung unabdingbar und auch ökonomisch weitaus sinnvoller als das Verteilen riesiger Geldsummen an diejenigen, die die Verluste der Banken und Fonds zu verantworten haben. Die Steuerzahler wären weniger belastet, das Bankensystem wieder schneller funktionsfähig. Und es würden die richtigen Signale ausgesendet, dass nämlich für Verluste am Markt auch die Marktpartner künftig selbst haften. Zudem würden sich eben auch Spielräume ergeben, zur Stützung und Förderung der zukunftsfähigen Branchen der Realwirtschaft, die den strukturellen Umbau unserer Wirtschafts- und Kons-

---

<sup>26</sup> Edward B. Barbier, a.a.O.

umweise zu einer Ressourcen sparenden und klimaverträglichen Wirtschaft und zu nachhaltigen Lebensstilen befördern.

Es wäre fatal, wenn angesichts der leichten Aufhellungen am Konjunkturhorizont in den letzten Monaten ein „Weiter so“ praktiziert würde. Deregulierungen und grundlegend mangelhafte ökologische, sozial und ökonomische Rahmenbedingungen für die Märkte haben zu einer Wirtschaftsweise geführt, die die Krisen in den Finanzmärkten, der Realökonomie aber auch in Hinblick auf den Klimawandel sowie die Übernutzung der natürlichen Ressourcen verursacht hat. Dieses „Weiter so“ kann keine gute Zukunft für die nachfolgenden Generationen schaffen. Eine Antwort kann nur in der gemeinsamen Anstrengung zur Entwicklung der Leitplanken für eine nachhaltige Wirtschaftsweise gesucht werden. Ob die Weltgemeinschaft und insbesondere die Politik Chancen zu einer wirklichen Umsteuerung ergreifen, wird sich auf der Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember dieses Jahres zeigen.